

Washington News

Nr. 11 vom 21. März 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Studien: Positiver Beitrag von Handel und negative Auswirkungen von Zöllen auf die US-Wirtschaft**
- **Weißes Haus zeichnet positives Bild der Wirtschaft**
- **Neuer Rahmenplan zur Bekämpfung des Klimawandels**
- **US-Kliniken zwischen Innovation und Sparzwang**
- **Keystone XL Vorarbeiten weiterhin angehalten**
- **Rechtsstreit um Aufhebung der Russland-Sanktionen**
- **Mögliche Nominierung von US-Botschafter für Mexico**

Diese Woche in Washington

Das US-Handelsministerium ist laut Medienberichten von dem [Cause of Action Institute](#), einer konservativen Wirtschaftsorganisation, verklagt worden. Unter Berufung auf den Freedom of Information Act begründet das Institut, das Ministerium müsse den Section 232-Untersuchungsbericht zur Überprüfung, ob Automobilimporte eine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA darstellen, veröffentlichen. Der Senior Policy Advisor des Instituts, James Valvo, betonte in seiner Erklärung die grundsätzliche Kritik, dass Zölle Konsumenten und Unternehmen schaden würden und die Öffentlichkeit das Recht habe, die Inhalte des Berichts einsehen zu dürfen.

Sowohl das US-Repräsentantenhaus und der Senat befinden sich diese Woche in Sitzungspause.

Mit Bezug auf die gegenwärtigen Handelsgespräche zwischen China und den USA hat Präsident Trump am Mittwoch erklärt, dass die USA die gegenwärtigen Zölle auf Importe aus China einen gewissen Zeitraum über den Zeitpunkt einer möglichen Einigung hinaus aufrechterhalten wolle. Man wolle genau beobachten, ob sich China an seine Verpflichtungen halte. In der nächsten Woche bricht eine hochrangige Delegation des US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer und des US-Finanzministers Steven Mnuchin zu Gesprächen nach Peking auf. Im Vorfeld zu dieser Reise ist ein Treffen von Lighthizer mit Vertretern des Unternehmerverbandes Businessroundtable vorgesehen, um deren Einschätzungen zu den strukturellen Herausforderungen im China-Geschäft zu besprechen. (da)

Kurzmeldungen

Keystone XL Vorarbeiten weiterhin angehalten

Bei den Vorarbeiten zum Bau der Keystone XL Pipeline könnte es zu weiteren signifikanten Verzögerungen kommen. Das neunte Berufungsgericht hat einen Antrag der Firma TransCanada, Eigentümer der Keystone-Pipeline, abgewiesen, die Entscheidung eines Gerichts in Montana aufzuheben, die zu einem Stillstand der Vorarbeiten an der Keystone XL Pipeline führten, solange das Außenministerium seinen neuen Bericht zu möglichen Auswirkungen des Bauvorhabens auf die Umwelt erstellt hat. TransCanada zeigt sich besorgt, dass es somit

Studien: Positiver Beitrag von Handel und negative

Auswirkungen von Zöllen auf die US-Wirtschaft

Eine Reihe von unterschiedlichen Studien wurden in den letzten Tagen veröffentlicht, die den positiven Beitrag der Handelsbeziehungen und die negativen Auswirkungen von Zöllen auf die US-Wirtschaft und den Arbeitsmarkt verdeutlichen.

Die von der US-Administration bisher eingeführten Zölle werden laut einer [Studie](#), die von der Association of Equipment Manufactures, dem Verband der US-Anlagenbauer, in Auftrag gegeben wurde, die Wirtschaft der USA über die nächsten zehn Jahre jährlich 29 Milliarden Dollar kosten. Die Studie bezieht sich dabei auf die Zölle, die von der Administration auf Basis der Section 232 Untersuchungen der Stahl- und Aluminiumimporte und der Section 301 Untersuchung mit Bezug auf chinesische Handelspraktiken, erhoben wurden.

Bereits in der letzten Woche hatte die US Chamber of Commerce eine [Studie](#) veröffentlicht, die sich mit den Auswirkungen der Section 301 - Zölle auf die US-Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Informations- und Kommunikationssektors beschäftigt. Die Studie macht deutlich, dass die auf dieser Basis bereits erhobenen und geplanten Maßnahmen zu Wachstumseinbußen für die US-Wirtschaft in Höhe von einer Billion US-Dollar über den nächsten zehn Jahre kommen könnten.

Jeder fünfte Arbeitsplatz in der US-Wirtschaft ist mit dem Import und Export von Waren und Dienstleistungen verbunden. Somit sind fast 39 Millionen Arbeitsplätze in den USA vom Handel abhängig. Zu diesem Ergebnis kommt die jüngste [Studie](#) im Auftrag des Unternehmensverbandes Businessroundtable. (da)

Weißes Haus zeichnet positives Bild der Wirtschaft

Der *Council of Economic Advisors* (CEA) im Weißen Haus veröffentlichte seinen jährlichen [Bericht](#) zum Zustand der US-Wirtschaft. In 10 Kapiteln und auf über 700 Seiten informiert der CEA über die wirtschaftlichen Entwicklungen und Trends des vergangenen Jahres sowie über die zukünftigen Jahre.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA stieg im Jahr 2018 um 2,9% und stellte damit das schnellste Wachstum seit 13 Jahren dar. Der CEA prognostiziert ein Wachstum von 3% jährlich bis 2024. Das starke Wachstum sei hauptsächlich auf die Steuerreform und die Deregulierungsagenda zurückzuführen. Die Steuerreform habe zu mehr Unternehmensinvestitionen geführt und den amerikanischen Arbeitnehmern mehr Geld zur Verfügung gestellt. Die Investitionen in Maschinen, Werkzeuge und andere produktivitätssteigernde Ausrüstungen erreichten im Jahr 2018 300 Milliarden US\$. Das real verfügbare Einkommen stieg von Ende 2017 bis zum vierten Quartal 2018 um 2.300 US\$. Die Nominallöhne stiegen in den letzten 12 Monaten um 3,4 Prozent.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen bleibt ein wichtiges Ziel der Trump-Administration. Laut dem CEA wurden im Jahr 2018 mehr als 2,6 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl der

auch zu Verzögerungen beim tatsächlichen Bau des Projekts kommen könnte. (da)

Rechtsstreit um Aufhebung der Russland-Sanktionen

Der russische Oligarch Oleg Deripaska klagte vor einem Bundesgericht in Washington, DC gegen das US-Finanzministerium, den US-Finanzminister Steven Mnuchin, OFAC und die OFAC-Direktorin Andrea Gacki. OFAC hatte Deripaska und mehrere Unternehmen, an denen er beteiligt ist, ursprünglich im April 2018 sanktioniert. Mit der Klage versucht Deripaska, seinen Namen von der US-Sanktionsliste streichen zu lassen. Die Sanktionierung habe sein Nettovermögen um mehr als 7,5 Milliarden US\$ oder rund 81% reduziert. Die US-Regierung hat sich zu dem laufenden Rechtsstreit nicht geäußert.

Des Weiteren hat OFAC in Zusammenarbeit mit Kanada und der EU zusätzliche [Sanktionen](#) gegen 6 russische Personen und 8 Unternehmen als Reaktion auf die anhaltende Aggression Russlands in der Ukraine verhängt. (ch)

Mögliche Nominierung von US-Botschafter für Mexico

US-Präsident Trump hat am Montag offiziell

Stellenangebote übertraf erstmals die Zahl der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote blieb in den letzten zwölf Monaten bei oder unter 4%. (ch)

Neuer Rahmenplan zur Bekämpfung des Klimawandels

Paul Tonko (D-NY), der Vorsitzende des Unterausschusses für Umwelt und Klimawandel des Energie- und Handelsausschusses im Repräsentantenhaus, hat einen [Rahmenplan](#) zur Bekämpfung des Klimawandels herausgegeben. Er forderte den Kongress auf, die vergangenen Meinungsverschiedenheiten über die Herausforderung des Klimawandels zu überwinden und weiter voranzuschreiten.

Sein Plan enthält einige Vorschläge, die die Unterstützung von führenden republikanischen Mitgliedern des Energie- und Handelsausschusses bereits erhalten haben. Dazu gehören der Bau und die Modernisierung von Energieinfrastruktur, die Verbesserung der Energieeffizienz in öffentlich finanzierten Projekten, die Modernisierung des Stromnetzes zur Nutzung von mehr Wind- und Solarenergie sowie Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bereich sauberer Energietechnologien. Tonkos Plan sieht ein längerfristiges Ziel vor, Null-Emissionen bis zum Jahr 2050 zu erreichen. Der von Alexandria Ocasio-Cortez (D-NY) vorgeschlagene „[Green New Deal](#)“ strebt ein ähnliches Ziel bis zum Jahr 2030 an. (ch)

seine Absicht erklärt, den Rechtsanwalt Christopher Landau für den Posten den US-Botschafters in Mexiko zu nominieren. Landau, selbst in Madrid geboren, ist als Partner der Anwaltskanzlei Quinn Emanuel Urquhart & Sullivan auf Berufungsverfahren spezialisiert. Die seinerzeit von Präsident Obama berufene Botschafterin Roberta Jacobson war im Mai 2018 zurückgetreten war. (da)



US-Kliniken zwischen Innovation und Sparzwang

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Wegen jahrelang ausufernder Gesundheitskosten sind US-Krankenhäuser in enormen Sparzwang geraten. Dennoch bestehen in den Vereinigten Staaten große Absatzpotenziale für Medizintechnik.

Der Gesundheitsdienstleister Tenet Healthcare investiert zweistellige Millionenbeträge in die Modernisierung des Baptist Medical Center Hospital in San Antonio, Texas. Die noch bevorstehende zweite Phase des Sanierungsplans kostet voraussichtlich 11 Millionen bis 15 Millionen US-Dollar (US\$). Vorgesehen sind neue Räume zur Behandlung von Herzrhythmusstörungen. Auf der Einkaufsliste des Investors stehen daher modernste diagnostische Bildgebungsgeräte sowie Instrumente für die Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Daniel Andrich

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

